

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Ostwirtschaftsbeziehungen im Sog der Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1980) : Ostwirtschaftsbeziehungen im Sog der Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 11, pp. 522-523

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135493>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ostwirtschaftsbeziehungen im Sog der Politik

Prognosen zur künftigen Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sind – politisch bedingt – noch schwieriger geworden. Weil diese Beziehungen in den 70er Jahren von der praktischen Entspannungspolitik augenfällig profitierten und ihrerseits den Entspannungsprozeß wesentlich förderten, konnte man bis vor kurzem unter der Annahme der Fortsetzung der Entspannungspolitik die Tendenzen in den Wirtschaftsbeziehungen im wesentlichen anhand ökonomischer Bestimmungsfaktoren abschätzen. Heute steht dagegen zu befürchten, daß die ökonomischen Beziehungen stärker als je zuvor seit 1970 in den Strudel politischer Ereignisse hineingezogen werden. Zwar war auch das abgelaufene Jahrzehnt nicht frei von politischen Spannungen zwischen Ländern der beiden Bündnissysteme und von östlichen Abgrenzungsversuchen, doch schlugen sich diese kaum oder nur zeitweilig in den wirtschaftlichen Beziehungen nieder, da die damaligen Spannungen letztlich von politisch anderer Qualität waren als der nun schon fast ein Jahr zurückliegende sowjetische Einmarsch in Afghanistan.

Die Folgen der damit verbundenen Abkühlung des politischen Klimas lassen sich nur sehr global und kaum quantitativ aufzeigen, sieht man einmal von den kurzfristigen Wirkungen des amerikanischen Getreideembargos und des Aussetzens technologisch bedeutsamer westlicher Lieferungen nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ab. Insbesondere hängen die Folgen davon ab, wie sich das Sicherheitsstreben der östlichen und westlichen Partner in ihrem Verhalten niederschlägt. So wird die anhaltende Diskussion im Westen über eine Verschärfung der COCOM-Liste und über die Abhängigkeit durch zu hohe Importe von Energie- und Rohstoffen aus dem Osten dort sicherlich nicht ohne Wirkungen auf die Überlegungen über die anzustrebende Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen im Rahmen der eigenen längerfristigen Entwicklungsplanung bleiben. Konkretisieren lassen sich diese Wirkungen aber kaum. Selbst für den in der Regel empfindlich reagierenden Kreditbereich läßt sich so etwas wie ein Afghanistan-Schock nicht nachweisen; die Zurückhaltung westlicher Banken am Euromarkt und die verschärften Konditionen bei Krediten an sozialistische Länder haben ihre eigentlichen Ursachen eher in den ökonomischen Problemen der sozialistischen Länder (Wachstum, bereits erreichtes Verschuldungsniveau).

Auch wenn heute die Mehrzahl der westlichen Industrieländer die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten, insbesondere mit der Sowjetunion, fortzusetzen und zu vertiefen bemüht ist, wäre es ein Irrtum, dieses Verhalten als Ausdruck eines Sichabfindens mit Afghanistan zu deuten. Sicher spielen bei vielen westlichen Ländern rein ökonomische Motive, die gegenwärtig noch durch eine konjunkturelle Komponente verstärkt werden, eine bedeutsame Rolle bei dem Streben nach Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten (Sicherung und Ausbau der wachsenden Absatzmärkte im Osten, Beschaffung von Roh- und Energiestoffen usw.). Keinesfalls darf aber übersehen werden, daß diese Länder ihr weiteres wirtschaftliches Zusammenwirken mit dem Osten auch – und zum Teil vorrangig – entspannungspolitisch begründen. Afghanistan wird insofern noch lange nachwirken, als jedes einzelne Land sicher aufmerksamer als bisher das ökonomisch Wünschbare an dem politisch Vertretbaren wird messen müssen. Wie die jüngste amerikanische Reaktion auf ein gerade abgeschlossenes französisch-sowjetisches Stahlgeschäft zeigt, wird der

nationale Spielraum für die Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen auch durch die Politik anderer westlicher Länder bestimmt.

In dieser Phase sich tendenziell wieder „normalisierender“ Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen – auch die osteuropäischen Länder haben ihren Wunsch nach Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen in den vergangenen Monaten immer wieder betont und auf die enge Verbindung zum politischen Entspannungsprozeß verwiesen – vollziehen sich allerdings in Osteuropa Prozesse, die die ost-westliche Entspannungspolitik bedrohen, östlicherseits möglicherweise sogar überhaupt in Frage stellen.

In den sozialistischen Ländern Osteuropas – insbesondere in der Sowjetunion und in der DDR – werden die Ereignisse in Polen als eine Bedrohung grundlegender Prinzipien der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme empfunden. Die Ursachen dieser, der kommunistischen Ideologie zuwiderlaufenden Prozesse sieht man insbesondere in den vielfältigen außerökonomischen Einflüssen aus dem Westen, denen sich die sozialistischen Länder vor allem auch aufgrund von Wirtschaftskontakten verstärkt ausgesetzt haben. Nicht zuletzt aus diesem komplexen Zusammenhang heraus sind die unerwartet scharfen Abgrenzungsaktivitäten der DDR und die zeitweise sehr scharfen Töne aus Moskau zu deuten. Alle Maßnahmen der politischen Abgrenzung bremsen den bisher allseitig beschworenen Entspannungsprozeß, der nach östlicher Meinung jetzt aber zum Problem, zum Gefahrenmoment für die osteuropäischen Systeme zu werden droht.

Zwangsläufig wird damit im Westen die Frage gestellt, ob die gerade von östlicher Seite als Motor der Entspannung bezeichneten Wirtschaftsbeziehungen in der gegebenen politischen Situation noch aus den östlichen Abgrenzungsaktivitäten herausgehalten werden können. Im Vergleich zu Afghanistan wäre die Gefahr für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen wohl ernster zu werten, wollte Moskau wirklich die Fortsetzung der Entspannungspolitik grundsätzlich in Frage stellen. Ob aber Osteuropa sich eine weitgehende Abkehr von der Entspannungspolitik leisten kann, hängt vor allem von der Antwort auf die Frage ab, ob es auf den umfangreichen Technologietransfer aus dem Westen verzichten kann. Und der Westen täte gut daran, primär über diese Frage nachzudenken, anstatt über die möglichen wirtschaftlichen Konsequenzen für ihn aus einer Abkehr von der Entspannungspolitik zu spekulieren. Am ehesten könnte noch die sowjetische Volkswirtschaft auf die Vorteile der Westwirtschaftsbeziehungen verzichten, dies aber nur um den Preis der Beeinträchtigung an sich gegebener Wachstumsmöglichkeiten. Darüber hinaus müßte die Sowjetunion in Verfolgung ihrer eigenen politischen und ökonomischen Interessen die kleineren sozialistischen Länder wirtschaftlich unterstützen, wodurch aber die Probleme aus einem Abbruch der Westwirtschaftsbeziehungen für die kleinen sozialistischen Länder – schon rein technologisch bedingt – bei weitem nicht zu überwinden wären.

Mit Blick auf die in sämtlichen osteuropäischen Ländern auch in den nächsten Jahren zu erwartenden Wachstumsschwächen – insbesondere verursacht durch Kapitalmangel und Produktivitätsprobleme – erscheint es daher wenig wahrscheinlich, daß Moskau und die anderen RGW-Länder längerfristig auf die ökonomischen Vorteile der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen verzichten werden. Die Sicherung einer zufriedenstellenden Energie- und Rohstoffversorgung, aber auch die Lösung der immer dringender werdenden Versorgungsprobleme der Bevölkerung wird für die sozialistischen Länder in Zusammenarbeit mit dem Westen wesentlich leichter sein. Nach Ansicht östlicher Ökonomen setzt selbst die sozialistische ökonomische Integration ein Mindestmaß an Verfügbarkeit westlicher Technologie voraus, um die im Zuge der vielfältigen Spezialisierungsprozesse entstehenden gegenseitigen Lieferverpflichtungen der RGW-Länder mengen- und qualitätsmäßig erfüllen zu können.

Aus heutiger Sicht kann man deshalb davon ausgehen, daß Osteuropa die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen im ungünstigsten Fall nur solange bremsen würde, bis ein vielschichtiges Abgrenzungssystem in außerökonomischen Bereichen gegenüber westlichen Einflüssen errichtet wäre. Wie weit solche Abgrenzungsmaßnahmen die ökonomischen Kontakte treffen können, wird nicht zuletzt auch vom Westen abhängen.